



ÖSTERREICHISCHE NOTARIATSKAMMER

Wien, am 6. April 1990
GZ. 157/90, Kl.

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1010 W i e n

GESETZENTWURF	
7	32 - GE/9 90
Datum: 19. APR. 1990	
Verteilt 23.4.90 <i>diel</i>	

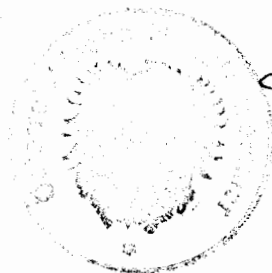
Dr. Alsch - Jarant

Betrifft: Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes
über die den Sicherheitsbehörden auf dem Gebiet
der Sicherheitspolizei zukommenden Aufgaben und
die der Sicherheitsexekutive hiefür eingeräumten
Befugnisse (Sicherheitspolizeigesetz - SiPolG);
zu Zl. 112 777/15-I/7/90 des Bundesministeriums
für Inneres

Die Österreichische Notariatskammer übersendet in der Anlage
25 Ausfertigungen ihrer Stellungnahme zu obigem Gesetzent-
wurf.

Der Präsident-Stellvertreter:

25 Beilagen



Krenhuber
(Dr. Karl Krenhuber)

**ÖSTERREICHISCHE NOTARIATSKAMMER**

Wien, am 6. April 1990
GZ. 157/90, Kl.

An das
Bundesministerium für Inneres

Herrengasse 7
1014 W i e n

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über die den Sicherheitsbehörden auf dem Gebiet der Sicherheitspolizei zukommenden Aufgaben und die der Sicherheitsexekutive hiefür eingeräumten Befugnisse (Sicherheitsspolizeigesetz - SiPolG);
Zl. 112 777/15-I/7/90

Die Österreichische Notariatskammer erlaubt sich, zu obigem Gesetzesentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Im § 26 Abs 3 sind Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes ermächtigt, Räume, Kraftfahrzeuge und unverbaute Grundstücke zu durchsuchen und im Abs 4 Behältnisse, die sich in Räumen befinden, zu öffnen bzw. zu durchsuchen. Hierbei scheint eine Durchbrechung der Verschwiegenheitspflicht von Personen, die der gesetzlich normierten Verschwiegenheitspflicht unterliegen, wie Notaren, Rechtsanwälten, Wirtschaftstreuhändern, vorzuliegen. (§ 37 Notariatsordnung (1) "Soweit der Notar nicht nach diesem Gesetze Mitteilungen aus seinen Akten zu machen hat, ist er den Beteiligten zur Verschwiegenheit über die vor ihm stattgehabten Verhandlungen verpflichtet." (2) "Der Notar hat auch die bei ihm Beschäftigten zur Geheimhaltung dieser Angelegenheiten zu verpflichten und die Einhaltung dieser Pflicht nach seinen Möglichkeiten zu beobachten." (3) "Der Notar hat in gerichtlichen und sonstigen behördlichen Verfahren nach Maßgabe der verfahrensrechtlichen Vorschriften das Recht auf Verschwiegenheit im Sinn des Abs 1. Dieses Recht darf durch gerichtliche oder sonstige behördliche Maßnahmen, insbesondere durch Vernehmung von Hilfskräften des Notars oder dadurch,

./.

- 2 -

daß die Herausgabe von Schriftstücken, Bild-, Ton- oder Datenträgern aufgetragen wird oder diese beschlagnahmt werden, nicht umgangen werden; besondere Regelungen zur Abgrenzung dieses Verbots bleiben unberührt." sowie § 152 Abs 1/2 StPO)

Die Gefahr in dieser vorgesehenen Bestimmung besteht darin, daß unter Umständen willkürliche Maßnahmen ohne konkrete Gefährdung gesetzt werden könnten. Es wäre daher wünschenswert, wenn diese Bestimmung dahingehend formuliert wird, daß der jeweilige Inhaber, der der gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegt, Auskunft darüber zu erteilen hat, ob in den zu durchsuchenden Räumen, Kraftfahrzeugen, unverbauten Grundstücken oder Behältnissen sich Personen oder Gegenstände der obzitierten Art befinden. Es wäre daher zu empfehlen, hiebei den Abs 5 anzuschließen mit dem Wortlaut: "Befinden sich die Räume, Kraftfahrzeuge, unverbaute Grundstücke und Behältnisse im Eigentume von Personen, die der gesetzlichen normierten Verschwiegenheitspflicht unterliegen, sind die Inhaber darüber zu befragen, ob sich vorgenannte Personen oder Gegenstände in den genannten Räumlichkeiten oder Behältnissen befinden."

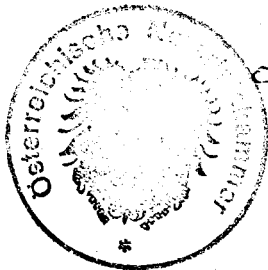
Weiters ist die Bestimmung des § 37 Abs 3 bedenklich, laut welcher Bestimmung die Sicherheitsbehörden berechtigt sind, in den Dienststellen der Gebietskörperschaften, den anderen Körperschaften des öffentlichen Rechtes und den von diesen betriebenen Anstalten, die für die Abwehr und Aufklärung von schwerwiegenden Angriffen benötigten Auskünfte zu verlangen. Die ersuchte Stelle ist verpflichtet, die Auskunft zu erteilen; sie muß sich jedoch auf Namen, Wohnort, Geburtsdatum sowie auf die von der Sicherheitsbehörde zum Gegenstand der Anfrage gemachten Umstände beschränken. Eine Weigerung, Auskunft zu erteilen mit der Berufung darauf, daß es sich um automationsunterstützt verarbeitete personsbezogene Daten handelt, ist nur zulässig, wenn die Verpflichtung ausdrücklich auch Sicherheitsbehörden gegenüber auferlegt ist. Hiezu darf erwähnt werden, daß es doch einen starken Eingriff in die Autonomie von Körperschaften des öffentlichen Rechtes und den von diesen betriebenen Anstalten darstellt, wenn sie gezwungen sind, Informationen zu erteilen, die unter Umständen weiter als auf Namen, Wohnort und Geburtsdatum hinausgehen. Es wäre daher eine Einschränkung dieser Bestimmung zu empfehlen, eine ausschließliche Restriktion auf diese Daten von Namen, Wohnort und Geburts-

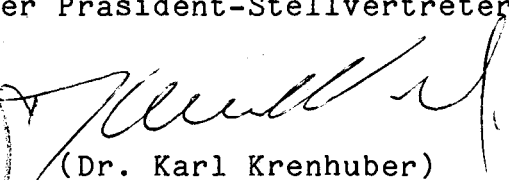
- 3 -

daten oder überhaupt eine Streichung der Verpflichtung, daß
Gebietskörperschaften, Körperschaften des öffentlichen
Rechts und die von diesen betriebenen Anstalten Auskünfte zu
erteilen haben.

Gleichzeitig ergehen 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme
an das Präsidium des Nationalrates.

Der Präsident-Stellvertreter:




(Dr. Karl Krenhuber)